

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Forschung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Gesellschaftliche Debatte</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
www.anneepolitique.swiss

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Bernet, Samuel  
Bühlmann, Marc  
Ehrensperger, Elisabeth  
Eperon, Lionel  
Flückiger, Bernadette  
Gsteiger, Christian  
Hirter, Hans  
Mosimann, Andrea  
Rohrer, Linda  
Terribilini, Serge  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Bernet, Samuel; Bühlmann, Marc; Ehrensperger, Elisabeth; Eperon, Lionel; Flückiger, Bernadette; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda; Terribilini, Serge; Zumofen, Guillaume 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Forschung, Gesellschaftliche Debatte, 1976 - 2020.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Politische Grundfragen	1
Image der Schweiz im Ausland	1
Institutionen und Volksrechte	2
Bundesrat	2
<b>Wirtschaft</b>	2
Wirtschaftspolitik	2
Strukturpolitik	2
Wirtschaftsordnung	2
<b>Infrastruktur und Lebensraum</b>	3
Energie	3
Alternativenergien	3
Umweltschutz	3
Allgemeiner Umweltschutz	3
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	3
Bildung und Forschung	3
Forschung	3

# Abkürzungsverzeichnis

<b>BUWAL</b>	Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
<b>UVEK</b>	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
<b>BAFU</b>	Bundesamt für Umwelt
<b>ETH</b>	Eidgenössische Technische Hochschule
<b>NEK</b>	Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>WHO</b>	World Health Organization
<b>SAMW</b>	Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
<b>SNF</b>	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
<b>EKAH</b>	Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich
<b>EKTU</b>	Eidgenössische Kommission für Tierversuche
<b>PH</b>	Pädagogische Hochschule
<b>NFP</b>	Nationales Forschungsprogramm
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>FMH</b>	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
<b>CERN</b>	Europäische Organisation für Kernforschung
<b>Agroscope</b>	Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung
<b>EvB</b>	Erklärung von Bern
<b>BIGA</b>	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
<b>EUREKA</b>	Europäische Forschungsinitiative für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in internationalen Projektkooperationen

---

<b>OFEFP</b>	Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage
<b>DETEC</b>	Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication
<b>OFEV</b>	Office fédéral de l'environnement
<b>EPF</b>	École polytechnique fédérale
<b>CNE</b>	Commission nationale d'éthique
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>UE</b>	Union européenne
<b>OMS</b>	Organisation mondiale de la Santé
<b>ASSM</b>	Académie Suisse des Sciences Médicales
<b>FNS</b>	Fonds national suisse de la recherche scientifique
<b>CENH</b>	Commission fédérale d'éthique pour la biotechnologie dans le domaine non humain
<b>CFEA</b>	Commission fédérale pour les expériences sur animaux
<b>HEP</b>	haute école pédagogique
<b>PNR</b>	Programme national de recherche
<b>PME</b>	petites et moyennes entreprises
<b>FMH</b>	Fédération des médecins suisses
<b>CERN</b>	Organisation européenne pour la Recherche nucléaire
<b>Agroscope</b>	Centre de compétence de la Confédération suisse pour la recherche agricole
<b>DB</b>	Déclaration de Berne
<b>OFIAMT</b>	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
<b>EUREKA</b>	Initiative européenne, intergouvernementale, destinée à renforcer la compétitivité de l'industrie européenne

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Politische Grundfragen

### Politische Grundfragen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 04.01.2020  
CHRISTIAN GSTEIGER

Ungebremst optimistisch blickte die «Sonntagszeitung» auf das vergangene Jahrzehnt zurück. Die zu Jahresbeginn veröffentlichte **Retrospektive zu den 2010er-Jahren** thematisierte den weltweit gestiegenen Frauenanteil in der Politik, die angestiegene Lebenserwartung, die gestiegene Toleranz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, die schrumpfende Anzahl Menschen, welche in totaler Armut lebte, ebenso wie technologische und wissenschaftliche Fortschritte, namentlich die sich etablierende Blockchain-Technologie, die CRISPR/Cas-Methode in der Gentechnik, bahnbrechende Bilder des mit Raumsonden besuchten äusseren Sonnensystems und den Dank Smartphones weltweit zunehmend vorhandenen Internetzugang. Nicht zuletzt sei auch das Fernsehen besser geworden, wie die Zeitung mit den Serien «Game of Thrones», «Breaking Bad» oder «Black Mirror» veranschaulichte.

Es gebe aber auch Verbesserungspotenzial: Obwohl sich beispielsweise Tierbestände wie jene der nepalesischen Tiger oder der Buckelwale merklich erholten, wurde die Liste der bedrohten Tierarten insgesamt länger. Zudem brachte auch die steigende Lebenserwartung der Menschen neue Herausforderungen mit sich, etwa für die Altersvorsorge. Auch die vermehrte Nutzung des Internets, so der Zukunftsforscher Matthias Horx gegenüber der Aargauer Zeitung, habe unschöne Seiten hervorgebracht: Fake-News und Hate-Speech und damit verbunden auch Populismus und politische Manipulationen hätten sich in den vergangenen Jahren beinahe unaufhaltbar ausbreiten können, betonte er. Das sei das Gegenteil dessen, was die digitale Revolution versprochen habe, weshalb er die 2010er-Jahre als das «Jahrzehnt der digitalen Verwirrung» bezeichnete. Die 2020er-Jahre aber würden Besserung geloben: Geht es nach Horx, werden diese das Jahrzehnt des digitalen Aufräumens.<sup>1</sup>

### Image der Schweiz im Ausland

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 04.10.2017  
SAMUEL BERNET

Anfang Oktober 2017 wurde bekannt, dass der Waadtländer **Jacques Dubochet**, zusammen mit Joachim Frank von der Columbia University in New York und Richard Henderson von der Cambridge University, **den Nobelpreis für Chemie 2017 gewonnen hat**. Die drei wurden von der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften für ihre Entwicklung der sogenannten Kryo-Elektronenmikroskopie ausgezeichnet, womit Biomoleküle in Bewegung und mit atomgenauer Auflösung abgebildet werden können. «Die Kryo-Elektronenmikroskopie hat die Biochemie in ein neues Zeitalter katapultiert», wurde das Nobelkomitee im Tages-Anzeiger zitiert; nie zuvor sei es so leicht gewesen, Livebilder von Biomolekülen wie etwa Proteinen oder DNA einzufangen. Bundespräsidentin Doris Leuthard gehörte zu den ersten Gratulanten und teilte über ihren Sprecher mit, dass diese Auszeichnung für die hervorragende Forschungsarbeit sie stolz mache auf die Schweiz. Dubochet hatte zuletzt eine Professur an der Universität Lausanne inne gehabt, bevor er 2007 emeritiert wurde. Biographisch fällt insbesondere seine Legasthenie auf, die ein Schulpsychologe festgestellt hatte. Dubochet war der erste Legasthenie-Fall in der Geschichte des Kantons Waadt; seine Karriere verdanke er dem Widerstand seiner Eltern gegen seinen Ausschluss aus der Regelschule und einem Schuldirektor, der «schlau genug» war, ihn trotz seiner Lese- und Rechtschreibstörung in die Primarschule aufzunehmen, so Dubochet im Tages-Anzeiger. In der NZZ sagte er, dass ihm das Legasthenikersein erlaubt hätte, «in allem schlecht zu sein» und dass er dadurch ein Verständnis entwickelt habe für jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Dubochet ist Mitglied des Stadtparlaments von Morges VD, in dem er für die SP politisiert. Er ist der 28. Schweizer Nobelpreisträger; zuletzt hatte 2002 Kurt Wüthrich den renommierten Wissenschaftspreis gewonnen, ebenfalls in Chemie.<sup>2</sup>

## Institutionen und Volksrechte

### Bundesrat

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.04.2010  
MARC BÜHLMANN

Die **Idee eines Bildungsdepartements** erhielt neue Nahrung durch 16 Professoren, die den Bundesrat aufforderten, ein Departement zu schaffen, das alleine für Bildung, Forschung, Innovation und Kultur zuständig sein soll.<sup>3</sup>

## Wirtschaft

### Wirtschaftspolitik

#### Strukturpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.1976  
HANS HIRTER

Bei der sektoralen Strukturpolitik zeigten sich die Behörden bedeutend zurückhaltender als bei der regionalen. Wohl profitierte die Bauwirtschaft nach wie vor von den durch die Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgelösten Aufträgen der öffentlichen Hand; zu irgendwelchen Erklärungen über Besitzstandgarantien, wie diese bereits 1975 vom Baugewerbe postuliert worden waren, liess sich die Regierung nicht bewegen. Im Gegenteil bekannte sie sich eher zu der von Wissenschaftern und Spitzenvertretern der Wirtschaft geäusserten Ansicht, dass die gegenwärtigen Strukturkrisen voll durchzustehen seien, da sonst die Probleme der gefährdeten Branchen nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben würden. Mehr als von der Stützung gefährdeter Betriebe versprachen sich die Behörden von Massnahmen zur Linderung sozialer Härten einerseits, von der Förderung von Diversifikations- und Forschungsbestrebungen andererseits. Bereits konnten **Grundzüge eines Konzepts für die Gesundung der Uhrenindustrie** von einer unter der Leitung des BIGA-Direktors J. P. Bonny stehenden Arbeitsgruppe der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der ausgearbeitete Plan sieht insbesondere die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft zur Koordination und Unterstützung von Selbsthilfeaktionen vor; in diesem Zusammenhang beklagte sich allerdings Bundesrat Brugger, dass gerade in der Uhrenbranche ein bedauerliches Manko an Willen zu überbetrieblicher Zusammenarbeit festzustellen sei. Im Rahmen der zweiten Arbeitsbeschaffungsaktion hatte der Bund bereits einen Beitrag von CHF 2 Mio für die praxisorientierte Forschung der Uhrenindustrie bewilligt, der in der Folge vom Kanton Neuenburg noch verdoppelt worden war.<sup>4</sup>

### Wirtschaftsordnung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.1986  
HANS HIRTER

Die **neuen Technologien fanden** nicht nur unter dem Gesichtspunkt des von ihnen erwarteten Beitrags zur Umstellung auf ein qualitatives Wachstum **Beachtung**, sondern ebenfalls unter dem Aspekt ihrer **Bedeutung für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft bzw. ihrer Auswirkungen auf die Arbeitswelt**. Die politischen Parteien zeigten sich bestrebt, das Kenntnisdefizit, welches ihnen in diesen Fragen attestiert worden war, zu beheben: Die FDP widmete ihren Parteitag dem Thema «Neue Technologien», die SPS befasste sich an ihrem Parteitag eingehend mit den Konsequenzen für die Arbeitswelt. Die Förderung der Forschung und Entwicklung, wie sie insbesondere von einigen europäischen Staaten mit Nachdruck betrieben wird, sowie die Tendenz zu wachsender internationaler Zusammenarbeit in Form von Grossprojekten (z.B. EUREKA) liessen in der Schweiz den **Ruf nach einem Überdenken der Forschungspolitik** ertönen. Der Einsatz der politischen Behörden dafür, dass schweizerischen Unternehmen die Teilnahme an derartigen Projekten nicht verunmöglicht wird, wurde als vordringlich erachtet. Allgemeine Zustimmung fand auch das Postulat einer besseren Koordination der Aktivitäten von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Die direkte Staatsbeteiligung an der praxisorientierten Forschung wird hingegen vom Vorort als wettbewerbsverzerrend abgelehnt und darf seiner Meinung nach nur in gut begründeten Ausnahmefällen wie beispielsweise in der Umweltforschung geschehen.<sup>5</sup>

## Infrastruktur und Lebensraum

### Energie

#### Alternativenergien

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 01.09.1994  
LIONEL EPERON

**Le bas prix des agents énergétiques non-renouvelables**, la récession ainsi que les faibles moyens financiers de la Confédération pour la promotion de l'énergie solaire ont, cette année encore, **fortement pénalisé les entreprises spécialisées dans cette technologie**. Devant de telles difficultés, bon nombre de chercheurs ont d'ailleurs décidé de s'installer à l'étranger pour y poursuivre leurs travaux. Au mois de septembre, les ventes de cellules photovoltaïques avaient en effet diminué de 26,5% et celles des collecteurs thermiques de 11% par rapport à 1993. Cette conjoncture particulièrement défavorable n'a pas manqué de provoquer une vive amertume chez les représentants de l'industrie solaire qui ont notamment reproché à la Confédération son manque de volonté politique dans ce domaine.<sup>6</sup>

### Umweltschutz

#### Allgemeiner Umweltschutz

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 30.05.1994  
SERGE TERRIBILINI

Après avoir accueilli la Conférence des ministres européens de l'environnement en 1993, la ville de Lucerne a organisé la **semaine de l'environnement**. S'y est notamment déroulée la première journée suisse de l'environnement organisée par le Conseil suisse de l'environnement qui regroupe 40 professeurs de hautes écoles. Un "Rio-Management-Forum" a également été fondé afin d'approfondir la problématique des liens entre l'écologie et l'économie. A également été mis sur pied un Institut pour la médecine de l'environnement, dont l'un des objectifs est de proposer des cours postgrades en la matière. Par ailleurs, a eu lieu le quatrième symposium sur l'environnement qui s'est attaqué au thème de la mobilité et des transports. Une journée a également été consacrée à la situation des enfants et la recherche d'un environnement conforme à leurs besoins.<sup>7</sup>

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Forschung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 05.09.2000  
ELISABETH EHRENSPERGER

Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen setzten auch im Berichtsjahr ihren Kampf gegen die Patentierung von Leben sowie gegen eine Anpassung des Patentgesetzes an das EU-Recht fort, welches die Patentierung von gentechnisch veränderten Zellen und Organen von Menschen, Tieren und Pflanzen beschränkt zulässt. Im September lancierte eine Koalition von rund 30 Hilfswerken, Umwelt-, Bauern- und Konsumentenorganisationen eine landesweite **Kampagne gegen Patente auf Leben**. Über eine halbe Million Postkarten sollten unter die Bevölkerung gebracht und an Bundesrätin Metzler als oberste Chefin des Patentwesens geschickt werden. Von den Schweizer Bundesbehörden wurde gefordert, sich sowohl hinsichtlich der nationalen Gesetzgebung als auch im internationalen Rahmen gegen Patente auf Tiere, Pflanzen und Teile des menschlichen Körpers einzusetzen.<sup>8</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 02.05.2002  
MARIANNE BENTELI

Für die SP würde die **Ausdehnung des Patentrechts auf menschliches, tierisches und pflanzliches Leben** grundlegende ethische Prinzipien verletzen. Die Grünen vertraten die Ansicht, die belebte Natur erlaube keine Patente. Die Ärzteschaft (FMH und SAMW) sah in der Patentierung von Genen einen Verstoss gegen die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens. Gemeinsam wiesen über 30 Bauern-, Konsumentinnen- und Entwicklungsorganisationen darauf hin, erst vier EU-Mitglieder hätten die europäische Bio-Richtlinie angenommen; der Vorentwurf des EJPD komme einem Akt des vorseilenden Gehorsams gegenüber Brüssel gleich. Für die Stiftung für Konsumentenschutz sprechen auch wirtschaftliche Gründe gegen die Revision. Die Patentierung diene in erster Linie dazu, Monopole zu errichten; statt gefördert, werde die Forschung dadurch behindert. FDP und SVP begrüßten die vorgeschlagene Revision. Die Änderungen würden einen angemessenen Erfinderschutz im Bereich der Biotechnologie gewähren. Die FDP erachtete vor allem die Europakompatibilität des

Schweizer Patentschutzes als dringlich. Diese Auffassung vertrat auch die SVP. Sie betonte zudem, die Revision gebe der forschenden Industrie, allen voran den KMU, die nötige rechtliche Sicherheit. Ähnlich argumentierte auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse: für viele Start-up-Firmen sei die Erfindung das einzige Kapital; Die Revision bringe keine Ausweitung der Patentierbarkeit, sondern lege lediglich deren rechtliche und ethische Schranken im Bereich biotechnologischer Erfindungen fest. Volle Zustimmung fand der Revisionsentwurf bei der Interessenorganisation der Gentechnologie Gen Suisse.<sup>9</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 18.09.2002  
MARIANNE BENTELI

Da sich der Staat in den letzten Jahren zunehmend aus dem Bereich der Forschung zurückgezogen hat, diese im Bereich der klinischen Medizin jedoch stets aufwändiger wird, sehen sich immer mehr wissenschaftliche Equipen gezwungen, Gelder der Pharmaindustrie in Anspruch zu nehmen. Die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) sah sich deshalb veranlasst, eine Reihe von **berufsethischen Empfehlungen** auszuarbeiten. Der Zehn-Punkte-Katalog sieht vor, dass die beteiligten Ärztinnen und Ärzte keine finanziellen Interessen an den Versuchen oder Ergebnissen haben und für die von ihnen geprüften Produkte nicht werben dürfen. Bei Publikationen sei die Finanzierung offen zu legen, der Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen und Kongressen aus der eigenen Tasche zu finanzieren.<sup>10</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 21.12.2002  
MARIANNE BENTELI

Im Vorjahr hatte das Buwal ein Gesuch der ETHZ für einen **Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch verändertem Weizen** in Lindau (ZH) abgelehnt, was in Medien, Forschungskreisen und im Parlament grossen Wirbel ausgelöst und die ETHZ zu einem Rekurs an den Bundesrat bewogen hatte. Im September äusserte sich der für das Buwal zuständige Bundesrat Leuenberger zu dieser Angelegenheit. Er befand, die Ablehnung des Gesuchs sei juristisch nicht haltbar, da die geltende Rechtsordnung eine prinzipielle Ablehnung von Freisetzungsvorhaben von Pflanzen mit Markergenen, die eine Antibiotika-Resistenz bewirken, nicht vorsehe. Das Buwal hatte seine Opposition mit dem Verweis auf die Gen-Lex-Vorlage begründet, in welche der Ständerat im Zeitpunkt der Ablehnung bereits das Verbot von Freisetzungen mit Markergenen aufgenommen hatte. Leuenberger wies das Buwal an, das Gesuch der ETHZ noch einmal unter Anwendung des geltenden Rechts zu beurteilen und dabei die Schlussfolgerungen der Eidg. Fachkommission für biologische Sicherheit (EFBS) zu berücksichtigen. Die EFBS hatte im Vorjahr keine Indizien für eine Gefährdung festgestellt. Ende Jahr bewilligte das Buwal den Freisetzungsvorhaben mit Auflagen, die den Forderungen des BAG, der EFBS und des Kantons Zürich entsprachen.<sup>11</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 22.02.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Februar schien die ETH mit ihrem Gesuch für einen **Freisetzungsvorhaben von genverändertem Weizen** in Lindau (ZH) endlich Erfolg zu haben. Das Gesuch wurde im zweiten Anlauf vom Buwal als Bewilligungsinstanz für Freisetzungsvorhaben gutgeheissen. Der Beschwerde eines Bauernhepaares, das in der Nähe der Versuchsanlage einen IP-Bauernhof führte, hatte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) die aufschiebende Wirkung entzogen. Dieser Entscheid wurde umgehend von der Umweltorganisation Greenpeace, dem Verband der integriert produzierenden Landwirte, IP Suisse und lokalen Beschwerdeführern aus Lindau beim Bundesgericht angefochten. Da sowohl dem Uvek als auch dem Buwal verfahrensrechtliche Fehler unterlaufen seien, beschloss das Bundesgericht, die aufschiebende Wirkung der privaten Beschwerde wiederherzustellen und damit das Verfahren für den Versuch von Grund auf neu aufrollen zu lassen. Die ETHZ hielt in der Folge an ihrem Gesuch fest, so dass das Buwal den Versuch im Juli neu ausschrieb. Greenpeace sowie die Arbeitsgruppe „Lindau gegen Gentech-Weizen“ kündigten ihrerseits erneuten Widerstand gegen den Versuch durch alle Instanzen an. Im Oktober bewilligte das Buwal den Versuch noch einmal. Gemäss Buwal-Direktor Philippe Roch hegte das Amt zwar Bedenken hinsichtlich der Qualität des Versuchs, doch sei es nicht Aufgabe des Bundesamts, den Nutzen eines Experiments zu beurteilen. Das Buwal habe in diesem Fall einzig Sicherheitsaspekte zu klären gehabt und habe die Bewilligung des Versuchs auch dementsprechend an strenge **Sicherheitsauflagen** geknüpft. So seien während der Blühphase die transgenen Pflanzen pollendicht abzudecken, sei die Freisetzungsfäche gegen das Eindringen von Vögeln und Nagetieren abzusichern und sei nach Versuchsende das gentechnisch veränderte Pflanzenmaterial zu vernichten sowie der Boden thermisch zu behandeln. Die ETHZ zeigte sich von der Verfügung des Buwal erleichtert, obwohl die Durchführung des Versuchs nach wie vor in den Sternen



stand, da Greenpeace unmittelbar darauf die erneute Anfechtung des Entscheids beim Uvek ankündigte.<sup>12</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 18.05.2004  
MAGDALENA BERNATH

Dieter Imboden, Professor für Umweltphysik an der ETH Zürich, ersetzt 2005 die Mikrobiologin Prof. Heidi Diggelmann (Lausanne) als Präsident des Forschungsrates des **Schweizerischen Nationalfonds** (SNF). Nur zwei Jahre nach Abschluss der Statutenrevision entschied der SNF, die Evaluation der Forschungsgesuche zu reformieren. Die Arbeitslast der 90 Miliz-Mitglieder des Forschungsrates betrage jetzt schon ein bis zwei Tage in der Woche, so dass eine seriöse Beurteilung der Gesuche mit dem heutigen System bald nicht mehr möglich sei.<sup>13</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 02.11.2004  
MAGDALENA BERNATH

Sowohl die forschende Pharmaindustrie und der Wirtschaftsdachverband *economiesuisse* als auch eine Reihe von Organisationen aus dem ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Umfeld wiesen den Entwurf zurück. Erstere fürchteten aufgrund des eingeschränkten Patentschutzes bei Erfindungen, die eine Gensequenz zum Gegenstand haben, um die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Branche. Genau diese Einschränkung stiess hingegen bei den insgesamt 35 in der **„Koalition gegen Patente auf Leben und für ein gerechtes Patentgesetz“** zusammengeschlossenen Organisationen (darunter die Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz, die Bauernorganisation IP Suisse, die „Erklärung von Bern“ und Tierschutzvereinigungen) auf Anklang. Kritik äusserte die Koordination aber an der expliziten Festschreibung der Patentierbarkeit des Lebens; der Entwurf deklarieren Gene als Erfindungen (und nicht als Entdeckungen) und erkläre transgene Tiere und Pflanzen für patentierbar, womit er einseitig die industriellen Interessen schütze.<sup>14</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 23.05.2006  
MAGDALENA BERNATH

Die Eidg. Kommission für Tierversuche (EKTV) und die Ethikkommission für Biotechnologie im Ausserhumanbereich (EKAH) forderten mehr Zurückhaltung bei der Bewilligung von **Versuchen mit Primaten** sowie ein Verbot belastender Versuche an Menschenaffen (Bonobos, Schimpansen, Gorillas und Orang-Utans). Auslöser war die Arbeit einer Forschergruppe der ETH Zürich, welche bei Krallenäffchen die Langzeiteffekte von sozialer Deprivation – Jungtiere wurden in einer Lebensphase der Abhängigkeit immer wieder von den Eltern getrennt und sozial isoliert – untersuchte. Dadurch hofften die Forscher, ein Primatenmodell für die Depressionsforschung zu entwickeln, um so zu einem besseren Verständnis von depressiven Erkrankungen zu gelangen. Die zuständige kantonale Tierversuchskommission, die das Gesuch unter Auflagen bewilligt hatte, war über mögliche weitere Entwicklungen besorgt, welche dieses Primatenmodell auslösen könnte und gelangte für eine weitere Beurteilung an die EKTV und die EKAH. Im Fall des ETH-Versuchs erachteten die Kommissionsmitglieder die Durchführung der Versuche an den Krallenäffchen mehrheitlich als unzumutbar. Zwar sei das Ziel, die menschliche Depression zu heilen, gewichtig, doch die Belastung für die involvierten Tiere, die zu akuten Stressreaktionen mit lebenslangen Folgen führe, sei zu gross, als dass der Erkenntnisgewinn dadurch gerechtfertigt werden könne.<sup>15</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 22.09.2006  
MAGDALENA BERNATH

Die Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften plant ab 2008 zwei neue Einrichtungen: Das **Internet-Portal „infoclio“** soll den Zugang zu historischen Arbeiten und Materialien verbessern. Ein **Zentrum für Sozialforschung** soll Datensammlungen und universitäre Wissenschaft zusammenführen, die im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Zukunft Schweiz“ entwickelten wissenschaftlichen Instrumente sichern und fortführen und dabei insbesondere den bisher in Neuenburg ansässigen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften „Sidos“ aufnehmen. Die neue Institution wird bei einer Universität angesiedelt werden, die kontinuierlich Mittel für eine auf das Datenzentrum abgestützte Forschung zur Verfügung stellt (im Gespräch sind die Universitäten Lausanne und Zürich). Vorgesehen sind auch Doktorandenprogramme und Aufenthalte von Gastwissenschaftlern.<sup>16</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 05.09.2007  
LINDA ROHRER

Gentechnikforscher erhielten die Bewilligung, in Reckenholz bei Zürich und in Pully bei Lausanne versuchsweise gentechnisch veränderten Weizen anzupflanzen. Die Verantwortlichen des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) lehnten 29 Einsprachen gegen die Projekte der ETH und der Universität Zürich ab. Der Bafu-Direktor war überzeugt, dass die Projekte besseren Aufschluss darüber geben könnten, wie pilzresistent gentechnisch veränderter Weizen ist. Allerdings betonte er die strengen Auflagen, unter denen in Zürich-Reckenholz und in Pully von 2008–2010 Genweizen angepflanzt wird. Die Versuche laufen im Rahmen des NFP 59. Gegen diese **Freisetzungsversuche** gab es heftigen Protest von Umweltverbänden und den Initianten des Moratoriums.<sup>17</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 29.01.2008  
ANDREA MOSIMANN

Anfangs 2008 wurde die **Forschungsinitiative „Nano-Tera“** lanciert. Das Forschungsprogramm soll den Weg zu neuen Produkten oder Systemen im Bereich von Gesundheit, Sicherheit und Umwelt bahnen und so der Industrie zukunftsgerichtete Impulse geben. Anwendungsmöglichkeiten bestehen namentlich in der Medizin, in der Umweltbeobachtung und in der rationellen Energienutzung. Am Konsortium sind neben der ETH Zürich und der ETH Lausanne, die Universitäten von Basel, Neuenburg und der italienischen Schweiz sowie das Zentrum für Elektronik und Mikrotechnik (Neuenburg) beteiligt. Die Führung liegt bei der ETH Lausanne. Der Bund stellt für das Programm während vier Jahren insgesamt 60 Mio Fr. zur Verfügung. Die Träger der einzelnen Projekte, also die Hochschulen, müssen die Hälfte der Kosten selber tragen, so dass die Summe auf 120 Mio Fr. verdoppelt wird.<sup>18</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 14.06.2008  
ANDREA MOSIMANN

Im Juni drangen 35 Personen in die Forschungsanstalt Agroscope in Reckenholz (ZH) ein und zerstörten dabei einen Grossteil der Versuchspartellen. Als Reaktion auf diesen Anschlag erhöhte der Bundesrat im Dezember das Budget für das Forschungsprogramm um 2 Mio Fr. Mit diesen zusätzlichen finanziellen Mitteln sollen die **Sicherheitsmassnahmen** künftig verstärkt werden.<sup>19</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 14.11.2008  
ANDREA MOSIMANN

Auch in Pully (VD) stehen die Chancen für einen **baldigen Start des Freisetzungsversuchs** gut. Das Bundesverwaltungsgericht wies im Berichtsjahr eine Beschwerde der Anwohner gegen die Aussaat von gentechnisch verändertem Weizen ab.<sup>20</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 06.12.2008  
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr wurde an der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) im Kanton Genf der **grösste Teilchenbeschleuniger** der Welt, der Large Hadron Collider (LHC) in Betrieb genommen. Die Bauzeit für diese Experimentieranlage betrug zehn Jahre und die Kosten werden auf 10 Mia Fr. geschätzt. An der Einweihungszeremonie im Oktober nahmen über 1500 Gäste aus Politik, Wissenschaft und Forschung teil. Den Teilchenbeschleuniger bekamen die Besucher allerdings nicht zu sehen. Kurz nach der geglückten Betriebsaufnahme am 10. September war es nämlich zu einer Panne gekommen, bei der die Maschine beschädigt und lahmgelegt wurde. Der Betrieb kann voraussichtlich erst Ende Juni 2009 wieder aufgenommen werden.<sup>21</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 12.03.2009  
ANDREA MOSIMANN

Im Kontext dieser gesetzgeberischen Aktivitäten erarbeitete die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) eine Stellungnahme zur Problematik der **Forschung mit Kindern**. In ihrer Studie wägt die NEK Argumente der Persönlichkeitsrechte gegen den möglichen zu erwartenden Nutzen für andere Kinder ab und bejaht grundsätzlich auch die Zulässigkeit von Forschungsvorhaben mit Kindern, die vom aktuellen Forschungsprojekt nicht direkt profitieren können – sogenannte fremdnützige Forschung. Sie fordert allerdings, dass die Zumutbarkeit aus Sicht des Kindes von den Eltern und den zuständigen Ethikkommissionen sorgfältig abgewogen wird.<sup>22</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 04.04.2009  
ANDREA MOSIMANN

Nachdem die Beschwerde gegen den **Freisetzungversuch in Pully (VD)** vom Bundesverwaltungsgericht vollumfänglich abgewiesen worden war, konnten im Berichtsjahr die Versuche mit dem gentechnisch veränderten Weizen aufgenommen werden. Weil das Versuchsfeld in Reckenholz (ZH) im Vorjahr durch Vandalen zerstört worden war, standen die beiden Freisetzungversuche unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Trotz der scharfen Bewachung gelang es anonymen Gentech-Gegnern, das Feld in Pully mit einer dieselhaltigen Flüssigkeit zu übersprühen. Im Boden und an den Kulturen entstanden dadurch Schäden.<sup>23</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 18.02.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

La question du « **Swiss Innovation Park** » a continué d’animer les débats en 2013. Depuis 2008, de nombreux cantons se sont positionnés, afin d’obtenir une antenne régionale de ce parc d’innovations suisse. Si le site de Dübendorf (ZH), avec l’ETHZ, ainsi que l’EPFL à Lausanne ont semblé se démarquer au cœur du projet, d’autres cantons comme celui de Genève, du Valais, de Fribourg ou même des cantons alémaniques ont souhaité tirer leur épingle du jeu, afin de décrocher un site.<sup>24</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 03.12.2019  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die Ergebnisse der PISA-Studie 2018 liessen auf eine Tendenz zur **Leseschwäche bei Schweizer Jugendlichen** schliessen; 2018 waren die Schweizer Jugendlichen diesbezüglich sogar unter den Durchschnitt der OECD-Staaten gefallen. 24 Prozent der 15-Jährigen waren demnach nicht in der Lage, einfache Verknüpfungen zwischen verschiedenen Textteilen herzustellen, und verstanden folglich Texte zu schlecht, um Herausforderungen des Alltags oder des künftigen Berufslebens bewältigen zu können, so der PISA-Bericht.

Viele Medien griffen im Rahmen der Berichterstattung über die PISA-Studie die Problematik der Leseschwäche auf, zitierten dazu zahlreiche Experten und Expertinnen und besuchten auch Schulen, um über einzelne Leseinitiativen zu berichten. Die Ursachen für die verbreitete Leseschwäche sahen die Schweizer Zeitungen respektive die befragten Expertinnen und Experten zum einen bei Smartphone und Computer respektive bei der Nutzung von Social Media oder Netflix. Diese Medien könnten ohne grosses Leseverständnis konsumiert werden, da die Kommunikation hier weitgehend über Bilder und Videos laufe. Zum anderen fehle den Kindern oft einfach das Vergnügen am Lesen, sei es, weil ihnen in der Kindheit zu wenig vorgelesen wurde oder weil sie das Lesen von Texten in der Schule fast nur in Zusammenhang mit einer Prüfungssituation erleben würden. Kinder mit Migrationshintergrund seien besonders häufig unter den Jugendlichen mit Leseschwäche zu finden, so der PISA-Bericht 2018. Experten, wie etwa Carl Bossard von der PH Zug, machten dafür insbesondere die vielen Reformen des Schweizer Schulsystems verantwortlich. Diese hätten dazu geführt, dass Lektionen in «Deutsch als Fremdsprache» gekürzt worden seien, dass es zum Teil zu grosse Klassen gebe und dass mancherorts fragwürdige Lernmethoden wie zum Beispiel «Schreiben nach Gehör» eingeführt worden seien. Alle diese Faktoren hätten insbesondere zur Leseschwäche bei bildungsfernen Kindern beigetragen.

Die Medien sahen vor allem die Bildungsinstitutionen in der Pflicht, Gegensteuer zu geben. So müsse es vor allem ein Umdenken bei der sprachlichen Frühförderung geben. Dabei diene etwa der Kanton Basel-Stadt als Vorbild, wo Kinder, welche die Anforderungen an die Deutschkenntnisse nicht erfüllten, zur Teilnahme an Sprachförderkursen verpflichtet würden. Samuel Rohrbach, Präsident des Syndicat des enseignants romands, regte in der Zeitung «La Liberté» an, dass die Lehrerinnen und Lehrer öfters Zeitfenster zum Lesen bieten sollten, die aber nicht zu lange dauern sollten, weil sich viele Jugendliche nicht lange auf etwas konzentrieren könnten. Dieses Beispiel werde bereits in einer Klasse in Aubonne praktiziert, wie der Tagesanzeiger anschaulich berichtete. In vielen Klassen im Kanton Zürich sei es zudem beispielsweise an der Tagesordnung, dass die Jugendlichen ein Lesetagebuch führten und dass Autorinnen und Autoren Gastlesungen durchführten, wie der Tagesanzeiger weiter schilderte.<sup>25</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 01.04.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Seit die WHO im März 2020 die Verbreitung des Covid-19-Virus als Pandemie eingestuft hatte, startete eine beispiellose internationale **Suche nach einem Impfstoff gegen Covid-19**. Wie die Medien im Frühjahr berichteten, gab es bereits zu diesem Zeitpunkt weltweit rund 140 Forschungsprojekte zu möglichen Impfstoffen. Die Aargauer Zeitung lieferte im Mai 2020 eine Übersicht über die erfolgsversprechendsten Impfstoffe, darunter auch diejenigen von Moderna und Pfizer/BioNTech. Letzterer wurde denn auch Ende 2020 in Grossbritannien zum ersten Mal eingesetzt. Der SNF lancierte im April 2020 das NFP 78 «Covid-19»; im August gab er bekannt, dass

in dessen Rahmen 28 Forschungsprojekte gefördert werden. Diese Projekte sollen dazu dienen, «neue Erkenntnisse zur Coronavirus-Erkrankung 2019 (Covid-19) zu gewinnen, Empfehlungen für das klinische Management und das Gesundheitswesen zu erarbeiten sowie die Entwicklung von Impfstoffen, Behandlungen und Diagnostika zu beschleunigen». Dafür stehen CHF 18.6 Mio. zur Verfügung. Zudem sprach der SNF im Mai 2020 weitere CHF 10 Mio. für insgesamt 36 Forschungsprojekte, die sich den gesellschaftlichen und biomedizinischen Aspekten von Epidemien widmen.

Die weltweite intensive und beschleunigte Forschung (sogenannte Speed-Forschung) nach einem Impfstoff warf auch gewisse ethische Fragen auf. Die Theologin und Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle forderte in der NZZ, dass vor einer Impfstoff-Zulassung die Nebenwirkungen detailliert erforscht sein müssen. Es müsse verhindert werden, dass es aufgrund der Ängste in der Bevölkerung vor einer Ansteckung mit Covid-19 zu einer raschen und unkontrollierten Zulassung komme, die unter Umständen für sehr viele Leute ein hohes Risiko mit sich bringen könne. Zudem wies Baumann-Hölzle auf die Relevanz der Frage nach der weltweiten Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit hin. Hier befinde sich die Schweiz, welche sich bei Moderna ein Vorverkaufsrecht für deren Impfstoff gesichert habe und sich gleichzeitig international für den Aufbau eines Verfahrens für mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den Impfstoffen engagiere, in einem Spannungsfeld zwischen Eigennutzen und internationaler Solidarität.<sup>26</sup>

---

1) AZ, 4.1.20; SoZ, 5.1.20

2) AZ, Blick, LT, LZ, NZZ, TA, 5.10.17; SoZ, 8.10.17; TA, 8.12.17; TA, TG, 11.12.17

3) NZZ, 19.4.10.

4) AB NR, 1976, S. 1247 f.; AB SR, 1976, S. 36; Botschaft des Bundesrates... zum Voranschlag... für das Jahr 1976, S. 65; Documenta, 1/1976, S. 6; Documenta, 6/1976, S. 25 ff.; Fischer (1976). Das Gewerbe vor einem wirtschaftlichen und politischen Umbruch; Geschäftsbericht BR, 1976, S. 220; NZ, 24.2.76; TG, 3.3.76; JdG (ats), 31.8.76; NZZ, 17.11.76; Winterberger (1976). Die Erhaltung der Wettbewerbskraft der schweizerischen Wirtschaft.

5) Afheldt (1986). Der Staat – mehr als ein blinder Nachtwächter.; Bilanz, 6/1986; Hertig (1986). Bit, Byte, Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien.; Mey (1986). Der Technologiewandel und die Zukunft der Schweizer Industrie.; Politische Rundschau, 65/1986, Nr. 2/3; Presse vom 23.6.86; Presse vom 25.8.86; NZZ, 26.8.86; Rote Revue, 65/1986, Nr. 7/8.; Schweiz. Handels- und Industrie-Verein (Vorort), Jahresbericht, 116/1985–86, S. 31 ff.; Sieber (1986). Staat und Wirtschaft im internationalen Technologiewettbewerb.

6) Presse du 2.5.94; BZ, 1.9.94.

7) LZ, 25.5 au 30.5.94; LNN, 27.5.94

8) Presse vom 5.9.00.

9) Presse vom 2.5.02.; WoZ, 16.5.02.

10) NZZ, 18.9.02.

11) NZZ, 20.9.02.; Presse 21.12.02; Presse vom 14.09.02

12) BBl, 2003, S. 5199 f. bzw. 5353 f. und 7383 ff.; BBl, 2003, S. 74 ff.; ; Prese vom 22.02.03; Preses vom 18.06.03; Presse vom 08.03.03; Presse vom 13.03.03; Presse vom 23.07.03; Presse vom 31.10.03; WoZ, 6.11.03.

13) Presse vom 18.5.04.

14) NZZ, 26.10.04; LT, 2.11.04.

15) AB NR, 2006, Beilagen III, S. 698 ff.; Ip. 06.3126; Presse vom 23.5.06.

16) NZZ, 22.9.06.

17) TA, 5.9.07.

18) NZZ und TG, 29.1.08.

19) NZZ, 13.8. und 24.12.08.; Presse vom 14.06.08.

20) AZ und NZZ, 14.11.08.

21) TA, 10.9.08; NZZ, 22.10. und 6.12.08.

22) BaZ, 11.3.09; NZZ, 12.3.09.

23) NZZ, 10.2., 26.6. und 8.7.09; TA, 2.11.09; Bund, 4.4.09.

24) LT, 18.2.13; NZZ, 21.6.13; LZ, 19.7.13; NZZ, 21.8.13 et 23.8.13

25) BaZ, Bund, Lib, NZZ, TA, 4.12.19; WW, 5.12.19; TA, 7.12.19; AZ, 18.12.19; TA, 24.12.19

26) Medienmitteilung SNF vom 18.5.20; Medienmitteilung SNF vom 30.4.20; Medienmitteilung SNF vom 4.8.20; LT, 12.3.20; TA, 20.3.20; AZ, 4.4.20; AZ, 21.4.20; TA, 22.4.20; CdT, NZZ, 2.5.20; CdT, 8.5.20; AZ, CdT, 9.5.20; AZ, 18.5.20; TA, 5.6.20; NZZ, 11.6.20; CdT, 13.6.20; Lib, 17.6.20; AZ, NZZ, 20.6.20; AZ, 20.7., 23.7.20; NZZ, 8.8.20; WOZ, 13.8., 20.8.20; NZZ, 19.9., 21.9.20; CdT, 5.10.20; NZZ, 15.10., 31.10.20; NZZ, 10.11.20; NZZ, 17.11.20